



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG

ABTEILUNG WIRTSCHAFT, RAUMORDNUNG, BAU-, DENKMAL- UND GESUNDHEITSWESEN

Regierungspräsidium Freiburg, Abteilung 2 · 79083 Freiburg i. Br.

Freiburg i. Br. 10.04.2014

Name Katja Selk

Durchwahl 0761 208-4699

Aktenzeichen 21-2437.2-1/1.8

(Bitte bei Antwort angeben)

DB ProjektBau GmbH
Schwarzwaldstraße 82
76137 Karlsruhe

DB ProjektBau GmbH		
Großprojekt Karlsruhe-Basel - Büro Freiburg		
G	Eingang	Kopie
AL	24. April 2014	KL
F	Bereich / Bearbeiter	Ablage

 Ausbau- und Neubaustrecke Karlsruhe-Basel (ABS/NBS/ K/B)

Streckenabschnitt Herbolzheim - Schliengen

Ihr Schreiben vom 24.03.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 24.03.2014, mit dem Sie für den Streckenabschnitt Herbolzheim-Schliengen um Bestätigung bitten, dass von einem erneuten Raumordnungsverfahren abgesehen werden kann.

Für den Streckenabschnitt Herbolzheim-Schliengen wurde ein Raumordnungsverfahren durchgeführt, das mit der raumordnerischen Beurteilung vom 12.12.1994 abgeschlossen wurde. Die Geltungsdauer der zunächst auf 5 Jahre befristeten raumordnerischen Beurteilung wurde auf schriftlichen Antrag der DB Netz AG am 13.09.1999 um weitere 5 Jahre verlängert, da sich die für die Beurteilung maßgeblichen rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse nicht verändert hatten. Mit Datum vom 09.11.2004 erfolgte eine nochmalige Verlängerung um 5 Jahre mit der Maßgabe, dass die Regelungen unter I. 1. - 4. der ergänzenden Entscheidung des Regierungspräsidiums vom 21.06.2004 samt deren Begründung zu berücksichtigen sind. Damit wurde auf die in der „Planungsstudie Verkehrsführung im Raum Basel“ vom Juni 2002 (Bypass Hochrhein/Oberrhein) enthaltenen Überlegungen zu möglichen künftigen zusätzlichen Güterverkehrsmengen auf deutscher Seite und das Auslaufen des Raumordnungsbeschlusses von 1994 zum Ende des Jahres 1999 gemäß § 19 Abs. 8

Satz 3 Landesplanungsgesetz reagiert, um die Grundlagen des ursprünglichen Beschlusses zu sichern.

In Bezug auf die den o.g. Planungsbereich betreffenden Forderungen der Region (sog. Kernforderung 3 und 4) wurde nach Einleitung und Durchführung der Planfeststellungsverfahren im Rahmen des Projektbeirats die Entscheidung getroffen, dass zum einen der Schallschutz im Bereich der autobahnparallelen Führung deutlich erweitert und zum anderen abweichend von der bisherigen Trassenführung die Gemeinde Buggingen in Tieflage westlich umfahren werden soll.

Auch wenn im Hinblick auf Schallschutzmaßnahmen Änderungen vorgesehen sind und die Trassenführung im Abschnitt 8.4 (vormals 8.3b) durch die nun vorgesehene westliche Umfahrung der Gemeinde Buggingen in Tieflage geringfügig geändert wird, kann nach Einschätzung der höheren Raumordnungsbehörde von **einem erneuten Raumordnungsverfahren abgesehen werden**.

Nach § 1 Satz 3 Ziffer 9 Raumordnungsverordnung soll für den Neubau und wesentliche Trassenänderungen von Schienenstrecken der Eisenbahnen des Bundes ein Raumordnungsverfahren durchgeführt werden, wenn die Planungen und Maßnahmen im Einzelfall raumbedeutsam sind und überörtliche Bedeutung haben.

Nach § 15 Abs. 1 Satz 4 ROG kann von der Durchführung eines Raumordnungsverfahrens bei Planungen und Maßnahmen abgesehen werden, für die sichergestellt ist, dass ihre Raumverträglichkeit anderweitig geprüft wird. Nach § 18 Abs. 4 LplG kann von einem Raumordnungsverfahren abgesehen werden, wenn die Beurteilung der Raumverträglichkeit des Vorhabens bereits auf anderer raumordnerischer Grundlage hinreichend gewährleistet ist, insbesondere, wenn das Vorhaben

1. Zielen der Raumordnung entspricht oder widerspricht,
2. den Darstellungen oder Festsetzungen eines den Zielen der Raumordnung angepassten Flächennutzungsplans oder Bebauungsplans nach den Vorschriften des Baugesetzbuchs entspricht oder widerspricht und sich die Zulässigkeit dieses Vorhabens nicht nach einem Planfeststellungsverfahren oder einem sonstigen Verfahren mit den Rechtswirkungen der Planfeststellung für raumbedeutsame Vorhaben bestimmt,
3. in einem anderen gesetzlichen Abstimmungsverfahren unter Beteiligung der höheren Raumordnungsbehörde festgelegt worden ist oder

4. wegen besonders gelagerter Umstände offensichtlich nur an einem bestimmten Standort verwirklicht werden kann und sichergestellt ist, dass eine raumordnerische Prüfung des Vorhabens im Zulassungsverfahren unter Beteiligung der höheren Raumordnungsbehörde erfolgt.

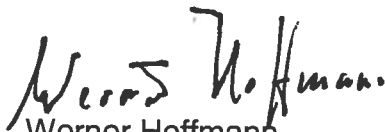
Diese Voraussetzungen für ein Absehen vom Raumordnungsverfahren sind vorliegend erfüllt.

Das Raumordnungsverfahren ist dem Wesen nach ein vorgelagertes Verfahren, in dem ein Vorhaben in einem relativ frühen Verfahrensstadium, in dem sich ein Projekt planerisch noch nicht verfestigt hat, auf seine Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Raumordnung überprüft wird (u. a. Mittel zur Planungsoptimierung und Akzeptanzverbesserung). Auch wenn für den betreffenden Streckenabschnitt nun neue Planfeststellungsanträge eingereicht werden, orientiert sich die Planung doch nach wie vor weitgehend an der seinerzeitigen raumordnerischen Beurteilung. Es kann davon ausgegangen werden, dass aufgrund des damaligen Raumordnungsverfahrens, der bisherigen intensiven Planungen und Diskussion der Trassenführung sowie der Erörterung des Vorhabens in den förmlichen Verfahren und im Projektbeirat ein erneutes Raumordnungsverfahren keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn erzielen könnte.

Hervorzuheben ist, dass sich die Trassenänderung nur auf einen relativ kleinräumigen Bereich, nämlich den Bereich der westlichen Umfahrung Buggingen, bezieht. Im Übrigen entspricht die Trassenführung der bisherigen Planung. Die Erweiterung der Schallschutzmaßnahmen ist nicht als derart raumordnerisch relevant einzustufen, dass hierdurch ein erneutes Raumordnungsverfahren erforderlich werden würde.

Da das Planfeststellungsverfahren beim Regierungspräsidium Freiburg geführt wird, ist im Sinne von § 15 Abs. 1 Satz 4 ROG sichergestellt, dass die Raumverträglichkeit des Vorhabens anderweitig geprüft wird. Das Planfeststellungsverfahren bietet aufgrund der bisherigen und auch weiterhin zu erwartenden Praxis die Gewähr dafür, dass die Erfordernisse der Raumordnung in die Entscheidung einbezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Werner Hoffmann'.

Werner Hoffmann
Abteilungspräsident